Stadtverordnetenversammlung Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Kassel documenta Stadt

26. November 2018 1 von 13

Niederschrift

über die 24. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung am Donnerstag, 15. November 2018, 17:00 Uhr im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU Hermann Hartig, Mitglied, SPD Anja Möller, Mitglied, SPD

Norbert Sprafke, Mitglied, SPD

Holger Augustin, Mitglied, CDU

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Awet Tesfaiesus)

Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne

Richard Klock, Mitglied, AfD Michael Werl, Mitglied, AfD

Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke

Vera Gleuel, Mitglied, Freie Wähler

(Vertretung für Matthias Nölke)

(Vertretung für Petra Ullrich)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates

(Vertretung für Gerd Walter)

Magistrat

Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung

Cenk Yildiz, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung Sabine John, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates

2 von 13

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Bernd Reyer, Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters Wolfram Schäfer, Kämmerei und Steuern Bernd Kessler, Ordnungsamt Andreas Peters, Umwelt- und Gartenamt -Uwe Neuschäfer, KASSELWASSER Martin Köppel, PricewaterhouseCoopers GmbH Eike Weldner, Städtische Werke Netz + Service GmbH

Tagesordnung:

1.	Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung)	101.18.1070
2.	Nachtrag zum Pacht- und Dienstleistungsvertrag zwischen	101.18.1079
	der Stadt Kassel und der Städtischen Werke Netz + Service GmbH	
3.	Wasserversorgungssatzung	101.18.1080
4.	Ordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung vom	101.18.1084
	19. Mai 2014 in der Fassung der Ersten Änderung vom	
	23. März 2015 (Zweite Änderung)	
5.	Sauberkeit in städtischen Park- und Grünanlagen	101.18.993
6.	Parkordnung	101.18.996
7.	Präventionsmaßnahmen gegen Trickbetrug	101.18.1043
8.	Leinenzwang für Hunde	101.18.1100
9.	Neuregelung der Wahlplakatierung	101.18.1103
10.	Trainee-Stellen in der Stadtverwaltung	101.18.1104
11.	Präventionsmaßnahmen gegen Trickbetrug	101.18.1105

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 8. November 2018 ordnungsgemäß einberufene 24. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzender Kortmann erläutert, dass der Magistrat den Tagesordnungspunkt 11 betr. Präventionsmaßnahmen gegen Trickbetrug, 101.18.1105, noch nicht abschließend beantworten kann und dieser Punkt deshalb von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Da er wegen Sachzusammenhang die Punkte 7 und 11 gemeinsamen aufrufen wollte, soll auch der Tagesordnungspunkt 7 abgesetzt werden. Dagegen erheben sich keine Einwände.

Weiterhin beabsichtigt er, die Tagesordnungspunkte 5 betr. Sauberkeit in städtischen Park- und Grünanlagen, 101.18.993, und 6 betr. Parkordnung, 101.18.996, wegen Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufzurufen.

3 von 13

Vorsitzender Kortmann stellt die geänderte Tagesordnung fest.

Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung)

Vorlage des Magistrats - 101.18.1070 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

"Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP+FW+Piraten

Ablehnung: AfD

Enthaltung: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung), 101.18.1070, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

2. Nachtrag zum Pacht- und Dienstleistungsvertrag zwischen der Stadt Kassel und der Städtischen Werke Netz + Service GmbH 4 von 13

Vorlage des Magistrats - 101.18.1079 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Änderung des Pacht- und Dienstleistungsvertrages zwischen der Stadt Kassel und der Städtische Werke Netz + Service GmbH in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung wird zugestimmt.
- 2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen oder Änderungen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne

Ablehnung: CDU, AfD, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag des Magistrats betr. Nachtrag zum Pacht- und Dienstleistungsvertrag zwischen der Stadt Kassel und der Städtischen Werke Netz + Service GmbH, 101.18.1079, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Augustin

5 von 13

3. Wasserversorgungssatzung

Vorlage des Magistrats

- 101.18.1080 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

"Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Wasserversorgungssatzung in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne

Ablehnung: CDU, AfD, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag des Magistrats betr. Wasserversorgungssatzung, 101.18.1080, wird abgelehnt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Jürgens

4. Ordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung vom 19. Mai 2014 in der Fassung der Ersten Änderung vom 23. März 2015 (Zweite Änderung)

Vorlage des Magistrats

- 101.18.1084 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. "Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung vom 19. Mai 2014 in der Fassung der Ersten Anderung vom 23. März 2015 (Zweite Änderung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt dem Oberbürgermeister, die zur Durchführung der Parkgebührenordnung erforderlichen straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen zu treffen.

3. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Oberbürgermeister, die Gebührenpflicht in der Parkgebührenzone II, Zentrum II Bad Wilhelmshöhe und Willy-Brandt-Platz auf den Zeitraum Mo.-Sa. 9-18 Uhr straßenverkehrsbehördlich festzusetzen."

6 von 13

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, AfD

Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Ordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung vom 19. Mai 2014 in der Fassung der Ersten Änderung vom 23. März 2015 (Zweite Änderung), 101.18.1084, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kaufmann

Vorsitzender Kortmann ruft die Tagesordnungspunkte 5 und 6 wegen Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung auf. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

5. Sauberkeit in städtischen Park- und Grünanlagen

Antrag der CDU-Fraktion - 101.18.993 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, endlich unter Nutzung der geltenden rechtlichen Vorschriften, Ordnungen und Satzungen die zunehmenden Verunreinigungen und Abfallablagerungen auf öffentlichen Flächen, wie z.B. in Park- und Grünanlagen, zu sanktionieren.

Stadtrat Stochla erläutert die Sachlage.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei 7 von 13

Zustimmung: CDU, AfD, FDP+FW+Piraten

Ablehnung: SPD, B90/Grüne Enthaltung: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Sauberkeit in städtischen Park- und Grünanlagen, 101.18.993, wird bei Stimmengleicheit **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kaufmann

6. Parkordnung

Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten – 101.18.996 –

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, für die Parks und Grünflächen in der Stadt Kassel bis zum Ende des 1. Quartals 2019 eine Parkordnung, wie es sie beispielsweise bereits bei der Museumslandschaft Hessen Kassel (MHK) gibt, auszuarbeiten und dieser der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorzulegen.

In einer solchen Parkordnung, die an den jeweiligen Eingängen zu den Parks und Grünflächen mittels Hinweistafeln aufgestellt werden soll, soll unter anderem festgeschrieben werden

- wann die Nachtruhe einzuhalten ist,
- dass die Nutzer für die Entsorgung ihres eigenen Mülls sowie der Verunreinigungen durch ihre Tiere zuständig sind,
- in welchen Zeiten das Grillen erlaubt ist,
- und welche Sanktionen bei Verstößen gegen die Parkordnung möglich sind.

Sofern für die Kontrolle der Einhaltung dieser Parkordnung mehr Ordnungskräfte notwendig sein sollten als bisher vorhanden, so soll die Zahl der erforderlichen Stellen im Haushaltsplan 2019 entsprechend berücksichtigt werden. Des Weiteren soll in diesem Zusammenhang die Zahl der Abfallbehälter sowie die Zahl der Spender mit Beuteln für Hundekot in den Parks und Grünflächen erhöht werden.

8 von 13

Stadtrat Stochla erläutert die Sachlage.

Den Ausschussmitgliedern liegt als Tischvorlage ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne vor, der von Stadtverordneten Sprafke, SPD-Fraktion, eingebracht und begründet wird.

> Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Beschlusstext wird im 2. und 3. Absatz wie folgt geändert: "In einer solchen Parkordnung, die an den jeweiligen Eingängen zu den Parks und Grünflächen mittels Hinweistafeln **bekannt gemacht** werden soll, soll unter anderem festgeschrieben werden

- · wann die Nachtruhe einzuhalten ist,
- dass die Nutzer f
 ür die Entsorgung ihres eigenen M
 ülls sowie der Verunreinigungen durch ihre Hunde zust
 ändig sind,
- **ob, auf welchen Flächen und** in welchen Zeiten das Grillen erlaubt ist,
- ob auf der jeweiligen Fläche eine Anleinpflicht für Hunde besteht und
- welche Sanktionen bei Verstößen gegen die Parkordnung möglich sind.

Die Einführung der Parkordnung soll durch eine begleitenden Öffentlichkeitsarbeit unterstützt und Maßnahmen entwickelt werden, die eine Überprüfung möglich machen."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, AfD

Ablehnung: Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten

Enthaltung: CDU

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne zum Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten betr. Parkordnung, 101.18.996, wird **zugestimmt.**

9 von 13

> Durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne geänderter Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, für die Parks und Grünflächen in der Stadt Kassel bis zum Ende des 1. Quartals 2019 eine Parkordnung, wie es sie beispielsweise bereits bei der Museumslandschaft Hessen Kassel (MHK) gibt, auszuarbeiten und dieser der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorzulegen.

In einer solchen Parkordnung, die an den jeweiligen Eingängen zu den Parks und Grünflächen mittels Hinweistafeln **bekannt gemacht** werden soll, soll unter anderem festgeschrieben werden

- · wann die Nachtruhe einzuhalten ist,
- dass die Nutzer f
 ür die Entsorgung ihres eigenen M
 ülls sowie der Verunreinigungen durch ihre Hunde zust
 ändig sind,
- ob, auf welchen Flächen und in welchen Zeiten das Grillen erlaubt ist,
- ob auf der jeweiligen Fläche eine Anleinpflicht für Hunde besteht und
- welche Sanktionen bei Verstößen gegen die Parkordnung möglich sind.

Die Einführung der Parkordnung soll durch eine begleitenden Öffentlichkeitsarbeit unterstützt und Maßnahmen entwickelt werden, die eine Überprüfung möglich machen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: -Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

10 von 13

Dem durch Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne geänderten Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten betr. Parkordnung, 101.18.996, wird zugestimmt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Möller

7. Präventionsmaßnahmen gegen Trickbetrug

Antrag der AfD-Fraktion - 101.18.1043 -

Abgesetzt

8. Leinenzwang für Hunde

Antrag der CDU-Fraktion - 101.18.1100 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und in welchem Umfang in der Stadt Kassel ein allgemeiner Leinenzwang für Hunde eingeführt werden kann.

Stadtverordneter Kortmann, CDU-Fraktion, begründet den Antrag.

Stadtrat Stochla teilt das Ergebnis der bereits durchgeführten Prüfung mit und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, AfD, FDP+FW+Piraten

Enthaltung: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Leinenzwang für Hunde, 101.18.1100, wird **abgelehnt.**

11 von 13

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Augustin

9. Neuregelung der Wahlplakatierung

Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten – 101.18.1103 –

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bis Ende März 2019 einen Entwurf einer neuen Satzung, die das Aufstellen von Plakatträgern zu Wahlkampfzeiten regelt, auszuarbeiten und dem Ausschuss vorzustellen. Hierin soll festgeschrieben werden, dass das Aufstellen oder Aufhängen einzelner Plakatträger nicht mehr zulässig ist. Stattdessen ist die Bereitstellung von größeren Stellwänden an zentralen Orten der Stadt, wo jede Partei ein zu definierendes Kontingent ihrer Plakate anbringen darf, vorzusehen.

Stadtverordnete Gleuel, Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten, begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: FDP+FW+Piraten

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion FPD, Freie Wähler und Piraten betr. Neuregelung der Wahlplakatierung, 101.18.1103, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Jürgens

10. Trainee-Stellen in der Stadtverwaltung

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke - 101.18.1104 -

12 von 13

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Seit dem Jahr 2016 hat die Stadt Kassel Stellen für Hochschulabsolvent*innen für ein 18-monatiges Traineeprogramm ausgeschrieben.

- 1. Wie viele Trainee-Stellen sollten ursprünglich besetzt werden?
- 2. Wie viele Trainee-Stellen sind tatsächlich besetzt worden?
- 3. Wie viele Personen haben sich auf die Trainee-Stellen beworben?
- 4. Welche Studienrichtungen hatten die Personen, die sich beworben haben absolviert und welches Geschlecht hatten die Personen, die sich beworben haben (Angabe des Geschlechts bitte jeweils einzeln aufgeschlüsselt für die jeweiligen Studienrichtungen)?
- 5. Welches Studienfach und welches Geschlecht hatten die Personen, die eingestellt worden sind?
- 6. Hat dieses Traineeprogramm den Anteil von Frauen in männerdominierten Bereichen oder den Männeranteil in frauendominierten Bereichen erhöht?
- 7. Wie ist die Bezahlung der Trainee Stellen?
- 8. Wie beurteilt der Magistrat das Traineeprogramm?
- 9. Sind die Trainees nach der Ausbildung von der Stadt übernommen worden?
- 10. Plant der Magistrat weitere Trainee-Stellen auszuschreiben?
- 11. Falls weitere Trainee-Stellen ausgeschrieben werden, wird dann neben der Rekrutierung von Personal auch das Ziel verfolgt, den Frauenanteil in typischen Männerberufen zu erhöhen bzw. den Männeranteil in typischen Frauenberufen zu erhöhen?

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet die Anfrage.

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kaufmann

11. Präventionsmaßnahmen gegen Trickbetrug

13 von 13

Anfrage der AfD-Fraktion - 101.18.1105 -

Abgesetzt

Ende der Sitzung: 17.56 Uhr

Stefan Kortmann Cenk Yildiz Vorsitzender Schriftführer